

Hier finden Sie einen Überblick über interessante Beiträge aus anderen Medien und Veröffentlichungen. Wenn Sie auf "weiterlesen" klicken, öffnet sich das Angebot und Sie können sich aussuchen, was Sie lesen wollen. (AT)

Wir weisen darauf hin, dass die jeweiligen Anbieter für die Barrierefreiheit ihrer Angebote selbst verantwortlich sind und es durchaus sein kann, dass der Zugang von zunächst freien Inhalten nach einer Zeit beschränkt wird.

Hier die Übersicht; Sie können mit einem Klick aufrufen, was Sie interessiert:

1. [Studie des Paritätischen belegt gewachsene Kinderarmut](#)
2. [Einzelhandel: Corona-Kahlschlag wird in Städten sichtbar](#)
3. [Geimpfte erhalten im Herbst Rechte zurück](#)
4. [Bald übernehmen Super-Apps unser ganzes Leben](#)
5. [Mit "Bild" und Eile: Die seltsamen Umstände des Laschet-Besuchs im Flutgebiet](#)
6. [Unabhängigkeit nicht gewollt](#)
7. [Krieg der Satelliten](#)
8. [Blackrock legt wieder stark zu](#)
9. [In der Krise Kasse gemacht: Vier Curevac-Topmanager, einer davon ein Mitgründer, verkauften Ende Juni ihre Aktien und sind jetzt Millionäre](#)
10. [Ausbildungsstart: Junger Generation die Betriebstore öffnen](#)
11. [Untersuchungsbericht des Europaparlaments: Frontex wusste von Menschenrechtsverletzungen - und tat nichts](#)
12. [Das Amazonas-Gebiet gibt bereits mehr Kohlenstoff ab, als es aufnimmt](#)
13. [Autoritäre Reflexe - wenn Grüne in den Trump-Modus verfallen](#)
14. [Nach umstrittenem Maskendeal: Ex-CDU-Politiker darf Provision behalten](#)

Vorbemerkung: Wir kommentieren, wenn wir das für nötig halten. Selbstverständlich bedeutet die Aufnahme in unsere Übersicht nicht in jedem Fall, dass wir mit allen Aussagen der jeweiligen Texte einverstanden sind. Verantwortlich für die Richtigkeit der zitierten Texte sind die jeweiligen Quellen und nicht die NachDenkSeiten. Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.

1. Studie des Paritätischen belegt gewachsene Kinderarmut

Trotz sinkender Hartz-IV-Quoten wächst die Kinderarmut überdurchschnittlich. Die bestehenden sozialen Sicherungssysteme reichen nicht aus, um Kinderarmut effektiv zu verhindern, kritisiert der Paritätische Wohlfahrtsverband. Obwohl die Hartz-IV-Quoten sinken, wachse die Kinderarmut überdurchschnittlich, wie eine

aktuelle Studie des Verbandes zeigt. Trotz verschiedener sozialpolitischer Reformen bspw. beim Kinderzuschlag seien Minderjährige mit einer Armutsquote von 20,5 Prozent im Vergleich zu anderen Altersgruppen überproportional von Armut betroffen. Der Paritätische fordert wirksame Maßnahmen zur Beseitigung von Kinderarmut, darunter u.a. die Einführung einer bedarfsgerechten, einkommensabhängigen Kindergrundsicherung.

In der aktuellen Studie der Paritätischen Forschungsstelle wird die Entwicklung der Kinderarmut in Deutschland über einen Zehn-Jahres-Zeitraum untersucht. Während weniger Kinder und Jugendliche Hartz IV-Leistungen bekommen, ist die Einkommensarmut gestiegen, so ein zentraler Befund: Rund 2,8 Millionen Kinder und Jugendliche (20,5 Prozent) lebten inzwischen in Armut. Besonders hart und häufig treffe es unverändert Alleinerziehende und kinderreiche Familien. Insgesamt seien die Leistungen der Grundsicherung deutlich zu niedrig bemessen und ergänzende familienpolitische Maßnahmen nicht ausreichend, um Familien und Kinder effektiv vor Armut zu schützen, so die Kritik. „Jüngere Reformen bei Leistungen wie Kinderzuschlag und Unterhaltsvorschuss holen zwar verstärkt Familien mit Kindern aus dem SGB-II-Bezug, aber sind mitnichten armutsfest“, erläutert der Autor der Studie Dr. Andreas Aust von der Paritätischen Forschungsstelle. [...]

Die Folgen der Corona-Pandemie belasteten gerade einkommensarme Familien zusätzlich, wie die Autoren skizzieren. „Es ist beschämend und erschütternd, wie sich Kinderarmut in diesem reichen Land verschärft und verhärtet. Das Ausmaß und die Entwicklung der Armut von Kinder und Jugendlichen sind nicht nur besorgniserregend, sondern skandalös und ein Ausdruck armuts- und gesellschaftspolitischen Versagens“, so Dr. Joachim Rock, Leiter der Forschungsstelle sowie der Abteilung Arbeit, Soziales und Europa im Paritätischen Gesamtverband.

Quelle: [Der Paritätische](#)

dazu: Armutsfalle: Zwei Kinder, Bachelor und doch Hartz IV - So geht es Deutschlands Alleinerziehenden

In Deutschland gibt es rund 1,5 Millionen Familien mit nur einem Elternteil. Ihr Alltag ist oft hart, viele sind trotz Job auf Hartz IV angewiesen. Die Corona-Krise hat vieles noch schlimmer gemacht. Experten sprechen von einem fatalen „Systemfehler“.

Die Kinder sollen einen möglichst normalen Alltag haben, nicht ständig daran denken, dass für vieles eigentlich kein Geld da ist. Deshalb zahlt die Mutter für die Hobbys der beiden, unternimmt oft etwas mit ihnen – und steckt am Ende selbst zurück, wenn sie Lebensmittel oder andere Dinge für sich selbst kauft. Ein Bachelor-Studium hat sie absolviert, dennoch muss sie Geld vom Jobcenter in Anspruch nehmen. Die Angst, wie sie in der Zukunft über die Runden kommt, ist ständig da.

Es ist eins von mehreren realen Beispielen, die die Bertelsmann Stiftung neben aktuellen Zahlen in ihrer Studie zur Situation von Alleinerziehenden zusammengetragen hat. Das Papier, das WELT vorliegt, zeichnet ein besorgniserregendes Bild davon, wie groß die Belastungen sind, mit denen die rund 1,5 Millionen Ein-Eltern-Familien mit minderjährigen Kindern in Deutschland Tag für Tag kämpfen.

Quelle: [Welt Online](#)

Anmerkung JK: *Da das Gros der Alleinerziehenden weiblich ist, stellt sich wieder einmal die Frage, wie diesen etwa durch eine Quotenregelung für die oberste Führungsebene großer Konzerne oder der Einführung von Gendersprachregelungen bei Behörden geholfen ist. Gar nicht, denn ob nun weiße, akademisch gebildete Frauen aus der oberen Mittelschicht in den entsprechenden Positionen sitzen oder weiße, akademisch gebildete Männer aus der oberen Mittelschicht, ändert an den geschilderten Verhältnissen überhaupt nichts. Über den Zynismus, dass die zitierte Studie durch die Bertelsmann Stiftung erstellt wurde, die maßgeblich an der Einführung des Hartz IV Repressionsregimes beteiligt war, will man sich schon gar nicht mehr aufregen.*

2. Einzelhandel: Corona-Kahlschlag wird in Städten sichtbar

Wegen der Pandemie steht in den Einkaufsmeilen jedes fünfte Ladenlokal leer – größter Verlierer sind Modeketten. Die Ladenmieten stürzen auf das Niveau von 2010. Welch gravierende Folgen die Corona-Krise und der fortschreitende Onlinehandel für die Innenstädte hat, ist nun erstmals auch durch Zahlen verschiedener Institute und Verbände belegbar. Die Leerstandsquote hat die kritische Marke von 20 Prozent in vielen Städten und Gemeinden laut dem Fraunhofer-Institut IAO deutlich überschritten. Stationäre Modehändler haben es nach Angaben des Handelsverbandes Deutschland (HDE) besonders schwer. Im Vergleich zu 2019 werde das Umsatzminus dieses Jahr voraussichtlich bei 37 Prozent liegen. Und das sei noch nicht einmal das schlimmste Szenario. HDE-Hauptgeschäftsführer Stefan Genth fügte noch hinzu, er sehe es als “kritisch” an, dass der stationäre Modehandel überhaupt wieder das Vorkrisen-Niveau erreichen werde. Es gebe “eine deutliche Verschiebung der Konsumstruktur” – bei der Mode, aber auch anderswo eindeutig hin zu Online.

Quelle: [Süddeutsche](#)

3. Geimpfte erhalten im Herbst Rechte zurück

Essen gehen, Sportveranstaltungen besuchen, Partys feiern: In Baden-Württemberg soll all das vollständig Geimpften ab September wieder schrankenlos möglich sein. Über die Maskenpflicht gibt es jedoch noch Diskussionsbedarf.

Vollständig gegen das Coronavirus Geimpfte sowie Genesene sollen in Baden-Württemberg ab Anfang September alle Rechte zurück bekommen. Für sie entfallen dann die Corona-Einschränkungen, wie eine Sprecherin des Landesgesundheitsministeriums in Stuttgart nach Angaben aus der "Heilbronner Stimme" und dem "Südkurier" bestätigte.

Der Amtschef des Ministeriums, Uwe Lahl, sagte den Blättern, für nicht vollständig Geimpfte oder Ungeimpfte solle es dann eine Testpflicht geben beim Besuch von Restaurants, Bars, Clubs, Kultur- oder Sportveranstaltungen.

Quelle: [n-tv](#)

Anmerkung JK: Tja, und wer stellt in Baden-Württemberg den Ministerpräsidenten? Das Erschütternde daran ist, dass es für die Ausgrenzung und Diskriminierung von Bürgern nicht einmal mehr eine Begründung gibt. Aber der entscheidende Punkt ist der, den Norbert Häring [in seinem Beitrag](#) bereits angesprochen hat, es geht nicht um Corona, sondern um die Etablierung eines autoritären Kontroll- und Überwachungsregimes. Denn ohne die permanente Kontrolle des Gesundheitsstatus macht diese Repressionsmaßnahme ja keinen Sinn. Es sollte dazu niemanden überraschen, dass gerade die Grünen beim Durchsetzen autoritärer Maßnahmen vorpreschen und es entlarvt ebenso die absolute Doppelmoral dieser Partei, die doch sonst immer gegen jede Form der Diskriminierung auftritt.

4. Bald übernehmen Super-Apps unser ganzes Leben

Westliche Tech-Konzerne blicken neidisch nach Asien. Mit WeChat, Alipay, Grab und Gojek sind dort Super-Apps entstanden, die das Leben ihrer Nutzer beherrschen. Corona beschleunigt diese Entwicklung - auch bei uns. Zwei Konzerne sind besonders weit.

Der Tag im Leben eines Smartphone-Nutzers sieht heute oft so aus: Nach dem Aufwachen wird noch im Bett der Wert des Aktiendepots in der App von Trade Republic gecheckt. Für das Frühstück fehlen ausgerechnet Milch und Butter, die sich flugs über Gorillas bestellen lassen und mit dem Kurier nach 15 Minuten an der Haustür sind. Weil es regnet, geht es heute mit dem Bus zur Arbeit, das Ticket gibt es in der App des Verkehrsunternehmens.

Das Mittagessen in der Kantine kann - je nach Wunsch - mit Apple oder Google Pay bezahlt werden. Zum Nachmittagstermin, der kurzfristig per WhatsApp verschoben werden musste, geht es mit dem Taxi, das über Free Now geordert wird. Unterwegs noch mit Doctolib einen Arzttermin ausmachen, mit HRS ein Hotel für den Wochenendausflug buchen und nach dem Termin mit Emmy einen Elektro-Roller für den Weg nach Hause mieten. Die Pizza am Abend kommt mit Domino's.

Zehn Apps sind für dieses konstruierte Szenario nötig. Chinesische Smartphone-Nutzer brauchen dafür nur eine einzige Anwendung: WeChat.

Quelle: [Welt Online](#)

5. **Mit "Bild" und Eile: Die seltsamen Umstände des Laschet-Besuchs im Flutgebiet**

Vor überschwemmten Straßen hat Ministerpräsident Armin Laschet ein Interview gegeben – während die Stadtverwaltung nichts von seinem Besuch wusste. Die Reise des CDU-Kanzlerkandidaten ins Flutland Westfalen.

Ministerpräsident Laschet hatte es eilig. So eilig, so spontan war am Donnerstagmorgen sein Besuch im vom Hochwasser nahezu abgeschnittenen Altena in Westfalen, dass selbst seine Staatskanzlei noch kurz zuvor einen nächtlich für die Presse anberaumten Termin im wenige Kilometer entfernten, ebenfalls überfluteten Hagen noch am Morgen bestätigte, ohne eine Verzögerung zu erwähnen. So eilig, dass selbst die Altenaer Stadtverwaltung nicht über seinen kurzfristigen Besuch informiert wurde.

Quelle: [t-online](#)

6. **Unabhängigkeit nicht gewollt**

Wie der Westen den Mittleren Osten destabilisiert, um den eigenen Einfluss zu erhalten

»Was wollen die USA und Europa von uns? Sollen Syrien und Libanon als Staaten vernichtet werden?« George Jabbour blickt sein Gegenüber scharf an, während er am 5. Juli in Damaskus mit junge Welt über die Lage in der Levante spricht. »Alles deutet darauf hin, dass sie uns in ›Failed states‹ verwandeln wollen, in gescheiterte Staaten. So wie sie es mit dem Irak und Libyen gemacht haben. Dort haben sie die staatlichen Institutionen, das Militär und die Regierung zerstört, nachdem ihre Armeen dort angriffen. Sollen wir mit UN-Resolutionen, mit Sanktionen und ausländischen Hilfsorganisationen, den sogenannten Nichtregierungsorganisationen, regiert werden? Sie fördern mit ihrer Intervention Korruption und Schmuggel, und sie wissen, dass so die Starken stärker und die Schwachen schwächer werden. Dann sagt der Westen: Seht ihr, die können nicht regieren! Das sind gescheiterte Staaten!«

Jabbour ist Vorsitzender der Syrischen Gesellschaft für die Vereinten Nationen. Am vergangenen Freitag beendete der UN-Sicherheitsrat eine Debatte über grenzüberschreitende Hilfslieferungen in den Nordwesten Syriens mit einem Kompromiss, auf den sich die USA und Russland geeinigt hatten. Die Resolution sieht vor, einzig den türkisch-syrischen Grenzübergang Bab Al-Hawa für internationale Hilfslieferungen geöffnet zu halten, statt mindestens zwei weitere Übergänge zu öffnen. Für viele Syrer ist das Ergebnis nicht akzeptabel. Eine Kooperation von Washington und Moskau im Sicherheitsrat kann zwar zu Entspannung führen, doch für

Syrien ist die Entscheidung eine weitere Niederlage in einer langen Reihe von Demütigungen.

»Die wichtigste Aufgabe des UN-Sicherheitsrates ist es, die Souveränität Syriens gegen diejenigen zu verteidigen, die versuchen, unser Land zu teilen«, stellt Jabbour fest. Statt dessen helfe er der Türkei, rechtswidrig syrischen Boden zu besetzen.

Staaten und Organisationen würden unterstützt, die das Land zerschlagen wollten.

»Das widerspricht den Prinzipien der UN-Charta, wonach Souveränität und territoriale Integrität eines Staates geschützt sind«, so Jabbour.

Quelle: [Karin Leukefeld in junge Welt](#)

7. **Krieg der Satelliten**

Die Bundeswehr baut ihre Fähigkeiten für Operationen im Weltall aus und hat am Dienstag ihr neues Weltraumkommando aufgestellt. Das Kommando ist in Uedem am Niederrhein angesiedelt, wo die Bundeswehr schon seit 2009 ihre Weltraumaktivitäten konzentriert und bereits im vergangenen Jahr ein einschlägiges Operationszentrum in Dienst gestellt hat. Offiziell hat das Kommando die Aufgabe, das Geschehen im All zu beobachten und gegebenenfalls Maßnahmen zum Schutz von Satelliten Deutschlands wie auch verbündeter Staaten einzuleiten. Verbindungsbeamte aus Uedem haben im März an Europas erstem Weltraummanöver in Toulouse teilgenommen, bei dem zum Beispiel das Blenden gegnerischer Objekte im Weltraum geübt wurde. Zwar erklärt Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer, die Bundeswehr dürfe im All lediglich defensive Operationen durchführen. Allerdings sind die Übergänge von defensiven zu offensiven Maßnahmen – etwa beim Blenden fremder Flugkörper – fließend. Die Bundeswehr baut zudem ihre Weltraumkooperation mit Luxemburg aus, wo einer der größten Satellitenbetreiber weltweit seinen Sitz hat.

Quelle: [German Foreign Policy](#)

8. **Blackrock legt wieder stark zu**

Der Gewinn von Blackrock steigt im zweiten Quartal um 28 Prozent. Das verwaltete Vermögen wächst um 30 Prozent auf 9,5 Billionen Dollar.

Der weltgrößte Vermögensverwalter Blackrock hat im zweiten Quartal abermals starke Zuwächse verzeichnet. Der Gewinn kletterte dank höherer Erträge durch Fondsgebühren gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 28 Prozent auf 1,55 Milliarden Dollar, wie Blackrock am Mittwoch mitteilte. Der Konzern profitierte von der Suche der Anleger nach geeigneten Anlagemöglichkeiten in Form von Fonds und börsennotierten Indexfonds (ETF). Das verwaltete Vermögen von Blackrock stieg im Vergleich mit dem Vorjahresquartal um knapp ein Drittel auf einen Rekordwert von 9,49 Billionen Dollar.

Quelle: [FAZ](#)

9. **In der Krise Kasse gemacht: Vier Curevac-Topmanager, einer davon ein**

Mitgründer, verkauften Ende Juni ihre Aktien und sind jetzt Millionäre

Am 16. Juni traf zahlreiche Aktionäre, die beim anfänglichen Börsenboom des Impfstoffherstellers Curevac investiert haben, der Schock. Der Kurs der Biotech-Firma brach zwischenzeitlich um etwa 50 Prozent ein, nachdem das Unternehmen die enttäuschenden Zwischenergebnisse zur schlechten Wirksamkeit seines Vakzinkandidaten gemeldet hatte.

Vier Vorstände von Curevac hingegen verdienten kurz darauf trotzdem noch Millionen, wie Unterlagen, die Business Insider vorliegen, bestätigen. Am 21. Juni meldeten vier Top-Manager der US-Börsenaufsicht SEC den Verkauf von großen Aktienpaketen im Wert von insgesamt mehr als 38 Millionen US-Dollar (32 Millionen Euro). Weil das Tübinger Unternehmen seit August 2020 in den USA börsennotiert ist, müssen relevante Transaktionen von Vorständen der amerikanischen Börsenaufsicht gemeldet werden.

Drei Vorstände verkaufen in diesen Tagen nahezu sämtliche ihrer noch verbleibenden Curevac-Aktien. Der Mitgründer und Vorstand für die Produktion, Florian von der Mülbe, veräußerte etwa die Hälfte seiner Firmenanteile. Hatten weite Teile des Vorstands den Glauben an die Firma etwa aufgegeben?

Quelle: [Business Insider](#)

10. Ausbildungsstart: Junger Generation die Betriebstore öffnen

Seit Jahren bilden immer weniger Betriebe aus. Während Corona sind die neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge nochmal deutlich zurückgegangen. Trotzdem klagen die Arbeitgeber über Fachkräftemangel. Um Abhilfe zu schaffen, fordert das #schlaglicht 27/2021 aus Niedersachsen höhere Prämien und eine Ausbildungsplatzgarantie.

Das Schuljahr in Niedersachsen geht zu Ende. Wie bereits im Vorjahr wurde auch dieses über weite Strecken von Corona bestimmt. Nach dem erneuten Stresstest ist die Sommerpause bei allen Beteiligten sicherlich sehr willkommen. Viele Jugendliche werden aber wohl kaum Zeit zur Erholung haben. Falls noch nicht geschehen, müssen sie sich jetzt einen Ausbildungsplatz suchen, um das Fundament für ihren beruflichen Werdegang zu legen. Ob Sie dabei Erfolg haben, ist allerdings unsicher. Es gibt Anlass zur Sorge.

Fakt ist: Schon im ersten Pandemie-Jahr war die Situation für die niedersächsische Schülerschaft dramatisch! Offiziell haben sich 2020 mehr als 9.300 Jugendliche erfolglos um einen Ausbildungsplatz bemüht. Vom Handel über die Industrie bis zum Handwerk – überall wurden deutlich weniger neue Ausbildungsverträge geschlossen. Zum Teil gab es Rückgänge im zweistelligen Prozentbereich. In Summe standen hundert Jugendlichen, die sich um eine Ausbildung bewarben, nur rund neunzig Ausbildungsplätze zur Verfügung. Nicht genug für ein auswahlfähiges Angebot.

Quelle: [DGB Niedersachsen #schlaglicht](#)

11. **Untersuchungsbericht des Europaparlaments: Frontex wusste von Menschenrechtsverletzungen - und tat nichts**

Monatelang haben EU-Parlamentarierinnen und Parlamentarier SPIEGEL-Enthüllungen zu illegalen Pushbacks von Flüchtlingen in der Ägäis untersucht. Der Bericht ist eine Abrechnung mit Frontex-Direktor Leggeri - er soll belastendes Material vernichtet haben.

Der europäischen Grenzschutzagentur Frontex lagen Beweise für mutmaßlich illegale Pushbacks durch griechische Grenzschützer vor, die Agentur hat es jedoch »versäumt, die Grundrechtsverletzungen anzusprechen und zu verhindern«. Das ist das Ergebnis einer monatelangen Untersuchung des Europaparlaments.

Quelle: [DER SPIEGEL](#)

12. **Das Amazonas-Gebiet gibt bereits mehr Kohlenstoff ab, als es aufnimmt**

Jahrzehntelang entzog der Regenwald der Atmosphäre große Mengen CO₂. Das hat sich geändert. Klimawandel und Landnutzung setzen die Region doppelt unter Druck. Erderwärmung, Rodungen, Trockenheit, Brände: Das Amazonas-Gebiet gibt einer Studie zufolge inzwischen mehr Kohlenstoff an die Erdatmosphäre ab, als es aufnimmt. Jahrzehntelang entzog der größte Regenwald des Planeten der Lufthülle große Mengen Kohlendioxid (CO₂) und dämpfte so den Klimawandel.

Das habe sich geändert, berichtet ein Team um Luciana Gatti vom brasilianischen Nationalen Institut für Weltraumforschung (Inpe) nach fast 600 Messflügen im Fachblatt Nature. Demnach hat das Gebiet von 2010 bis 2018 pro Jahr etwa 290 Millionen Tonnen Kohlenstoff emittiert. Vor allem - aber nicht nur - wegen der vielen Brände.

Quelle: [Berliner Zeitung](#)

13. **Autoritäre Reflexe - wenn Grüne in den Trump-Modus verfallen**

Hassattacken auf Journalistinnen, Interventionen bei öffentlichrechtlichen Sendern und Forderungen nach mehr staatlicher Kontrolle: Grüne Politiker offenbaren gerade ein eigenartiges Verständnis von Pressefreiheit - in Deutschland, aber auch in der Schweiz.

Silke Mertins ist schon lange Journalistin, sie schreibt, kommentiert und provoziert zuweilen auch, in der linken deutschen «Tageszeitung» und in der bürgerlichen «NZZ am Sonntag». Doch was sie kürzlich in den sozialen Netzwerken an Verleumdungen und Beschimpfungen einstecken musste, war, wie sie es selber ausdrückt, beispiellos. Der grüne Bundestagsabgeordnete Jürgen Trittin etwa erklärte seinen über 100 000 Followern auf Twitter, Silke Mertins sei ein «rechter Troll». Wobei «rechter Troll» in Trittins Jargon ungefähr gleichbedeutend ist mit dem Etikett «Fascho», das er ebenfalls gerne verteilt. Die Hamburger Spitzenkandidatin Katharina Beck warf der

Autorin vor, viel Meinung und wenig Kompetenz zu haben, andere beschimpften sie als Antifeministin und Steigbügelhalterin des Patriarchats.

Quelle: [NZZ](#)

14. **Nach umstrittenem Maskendeal: Ex-CDU-Politiker darf Provision behalten**

Eine Firma des Unionspolitikers Löbel erhält im Zuge der Einfädelung eines Maskendeals eine Provision in Höhe von 250.000 Euro. Die Kritik daran ist massiv, der Politiker verlässt Bundestag und Partei. Nun rehabilitiert ihn zumindest die Bundestagsverwaltung.

Nikolas Löbel hat laut Bundestagsverwaltung in der Maskenaffäre nicht gegen das Abgeordnetengesetz verstoßen und darf seine Provision behalten. Der Ex-Bundestagsabgeordnete und frühere CDU-Politiker aus Mannheim hat ein Prüfverfahren der Bundestagsverwaltung anstandslos durchlaufen. Zunächst berichtete der "Mannheimer Morgen" darüber.

Quelle: [n-tv](#)

Anmerkung André Tautenhahn: Immerhin gibt es ja jetzt eine Ehrenerklärung der Union.